Rede von Michael Kleber
Tag der Arbeit in Peine
01. Mai 2019

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ich begrüße euch ganz herzlich zum heutigen Tag der Arbeit

Heute feiern wir den Tag der Arbeiterbewegung. Den Tag, an dem wir für unsere Rechte kämpfen. In Deutschland, Europa und der ganzen Welt.

In gut drei Wochen finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Am 26. Mai sind wir alle gefragt.

Vor dem Hintergrund dieser Wahl steht unser diesjähriges Motto für den 1. Mai: „Europa. Jetzt aber richtig!“

Damit rufen wir heute alle demokratischen Kräfte auf, einen Kurswechsel einzuleiten – hin zu einem solidarischen Europa, das die Menschen schützt, hin zu einem Europa, das Gute Arbeit, sozialen Fortschritt und Wohlstand für alle sichert.

gewerkschaftliche Erfolge

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Tag der Arbeit ist auch der Tag, an dem wir Gewerkschaften mit Stolz auf unsere Erfolge zurückblicken. Und wir haben guten Grund, stolz zu sein!

Das gilt vor allem für die Tarifabschlüsse, die wir erkämpft haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die Löhne im letzten Jahr deutlich gestiegen sind.

Wenn die Wirtschaft brummt, das Wachstum anhält und die Arbeitsmarktzahlen unverändert gut aussehen, dann liegt das auch an uns: Mit unseren Tarifabschlüssen haben wir die Binnennachfrage ordentlich angekurbelt.
Das ist aber längst noch nicht alles: Wir haben in den letzten Tarifrunden völlig neue Wege beschritten, um den Beschäftigten mehr Selbstbestimmung bei ihrer Lebens- und Familienplanung zu ermöglichen.

Mit unseren Tarifverträgen zur Arbeitszeitgestaltung haben wir sensationelle Durchbrüche für die Beschäftigten erzielt.

Mehr Selbstbestimmung bei der individuellen Gestaltung der Arbeitszeit wird für die Gewerkschaften ein Top-Thema in kommenden Tarifauseinandersetzungen bleiben!

Aktueller Tarifkampf im Gebäudereiniger-Handwerk

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Dass Tarifkämpfe keine Selbstläufer sind, zeigt die aktuelle Auseinandersetzung im Gebäudereiniger-Handwerk.
Gebäude reinigen ist ein harter Job mit Arbeitszeiten von früh morgens bis spät abends.
Die Einkommen bewegen sich dabei immer noch im Niedriglohnbereich.
Unfreiwillige Teilzeit und Befristungen sind eher die Regel als die Ausnahme.
Weihnachtsgeld bekommen die Reinigungskräfte auch nicht.

Seit einem Jahr verhandelt die IG BAU mit den Arbeitgebern für die bundesweit rund 600.000 Gebäudereiniger*innen über die Zahlung von Weihnachtsgeld, über die Beibehaltung von 30 Tagen Urlaub sowie über bessere Ein- und Höhergruppierungen für besonders Qualifizierte oder Berufserfahrene.

Was machen die Arbeitgeber? Sie pfeifen drauf und behaupten, Einkommen und Arbeitsbedingungen sind mehr als ausreichend.

Schlimmer noch, die Bundesinnungsverband hat letzte Woche den Rahmentarifvertrag gekündigt, um u. a. den Teilzeitbeschäftigten vorm Bundesarbeitsgericht erstrittene Überstundenzuschläge wieder wegnehmen.

An die Adresse der Arbeitgeber sage ich ganz deutlich, schämen sie sich! So geht man nicht mit Menschen um, die jeden Tag malochen, die saubere Dienstleistungen erbringen, die die Gewinne erarbeiten

Sie haben mehr Respekt und Wertschätzung verdient!
Sie haben auskömmliche Löhne, Zuschläge ohne Wenn und Aber, sie haben Weihnachtsgeld und 30 Tage Urlaub ohne Einschränkung verdient.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Dabei ist es wichtig, dass in den Objekten und Betrieben die Solidarität von Kunden, Betriebsräten bzw. Personalräten und der Öffentlichen Hand deutlich sichtbar gemacht wird.
Bitte unterstützt die Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger vor Ort.
Solidarität macht stark!

Große Koalition/Druck der Gewerkschaften

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Mit den tarifpolitischen Erfolgen haben wir Gewerkschaften bewiesen, was wir aus eigener Kraft für die Beschäftigten erreichen können.

Doch wie sieht es mit der Großen Koalition aus? Was hat sie gut ein Jahr nach ihrem Neustart geleistet?
Wir alle haben noch in frischer Erinnerung, wie chaotisch der Start der GroKo war. Unvergessen die absurden Alleingänge von Seehofer in der Asyl- und Flüchtlingsfrage.

Damals hat doch kaum jemand geglaubt, dass die neue Bundesregierung überhaupt noch irgendwas Vernünftiges zustande bringen würde.

Nach gut einem Jahr können wir bilanzieren, sie haben geliefert.
Und das liegt auch daran, dass wir Gewerkschaften ordentlich Druck gemacht haben.

Wir haben uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass die Gesetzliche Krankenversicherung seit Jahresbeginn wieder paritätisch finanziert wird.

Das bringt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Rentnerinnen und Rentner eine Entlastung in Höhe von 8 Milliarden Euro!

Wir haben dazu beigetragen, dass das Grundgesetz geändert wird. Jetzt kann der Bund richtig Geld für Bildung in die Hand nehmen, um die Länder bei der besseren Ausstattung von Schulen zu unterstützen und unsere Schülerinnen und Schüler fit für die Digitalisierung zu machen.

Wir haben erreicht, dass Beschäftigte einen gesetzlichen Anspruch auf Brückenteilzeit und Rückkehr in Vollzeit haben. Das gilt zwar nur in Unternehmen mit mehr als 45 Beschäftigen, aber es ist ein erster Schritt.

Wir haben erste Fortschritte bei der Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus durchgesetzt.
Und wir werden nicht nachlassen. Es reicht uns nicht, dass das Rentenniveau nur bis 2025 stabil bleiben soll. Wir wollen ein höheres Niveau der gesetzlichen Rente und wir wollen, dass es dauerhaft hoch bleibt.

Und eins sage ich klar und deutlich, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab!

Große Koalition/"Baustellen"
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich bleibe beim Thema Rente, ein großer Zankapfel in der Groko ist die Grundrente.

Für uns ist das keine Frage. Wir unterstützen das Konzept von Bundesarbeitsminister Heil ohne jedes Wenn und Aber.

Der Minister hat damit eine langjährige Forderung der Gewerkschaften aufgegriffen. Denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen für ihre Lebensleistung eine armutsfeste Rente. Sie verdienen einen Lebensabend in Würde.

Es ist doch ein Skandal, wenn jemand 35 Jahre arbeitet und dann auf Sozialleistungen angewiesen ist!

Die Grundrente ist Bestandteil des Koalitionsvertrags. Eigentlicher Streitpunkt ist, ob mit oder ohne Bedürftigkeitsprüfung.

Und was ist das Hauptargument der Union, wenn sie sich für eine Bedürftigkeitsprüfung ausspricht? Das inzwischen schon berühmte Beispiel der Arztgattin.
Das ist doch lächerlich! Nur um das mal klarzustellen: von der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung würden zu 75 Prozent Frauen profitieren, die durch Erziehungs- und Pflegezeiten keinen Vollzeitjob annehmen konnten.
Und die Union kontert mit einer Klientel aus dem Promillebereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Eine weitere Groko-Baustelle: das geplante Gesetz zur Einschränkung von sachgrundlosen Befristungen.
Unterstützt von Teilen der Union gehen die Arbeitgeber inzwischen in Totalopposition zu diesem Vorhaben. Sie haben gleich drei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um Teile des Gesetzentwurfs für verfassungswidrig erklären zu lassen.

Es kommt aber noch schlimmer: Die Arbeitgeber und einige Hardliner in der Union versuchen zu allem Überfluss, das Thema Befristung mit ihren Forderungen nach einer Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes zu verknüpfen.
Meine Antwort darauf ist klar: Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!

Die Unsitte der Befristungen ist inzwischen mehr Regel als Ausnahme, egal ob in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst

40 Prozent aller Berufsanfänger bekommen nur noch einen befristeten Job.

Über 17 Prozent der 25-34 Jährigen haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Damit ist genau die Altersgruppe besonders betroffen, bei denen die Familienplanung ganz oben auf der Tagesordnung steht.

Wie soll das gehen, wenn die beruflichen Perspektiven völlig im Ungewissen liegen?
Wir Gewerkschaften werden weiter für diese jungen Menschen, aber auch alle anderen Betroffenen Druck machen, damit Unsicherheit und Willkür auf dem Arbeitsmarkt verschwinden.

Mindestlohn/Tarifbindung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
seit Jahresbeginn hat auch die Debatte über die Höhe und Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns wieder Fahrt aufgenommen.

Den Anstoß dazu hat Finanzminister Scholz mit seiner Forderung von 12 Euro gegeben.
Auch wir fordern einen Mindestlohn, der „existenzsichernd und armutsfest“ sein muss.

Oberste Priorität bleibt für uns aber die Stärkung der Tarifbindung in der Fläche. Denn wie sieht die Wirklichkeit in Deutschland aus?

Tagtäglich begehen Arbeitgeber Tarifflucht. Mittlerweile sind nur noch 27 Prozent der Betriebe tarifgebunden.

Das Ergebnis? – Die Einkommens- und Lebensbedingungen klaffen immer weiter auseinander. Millionen von Beschäftigten sind ohne Tarifvertrag. Sie leben in einem permanenten Zustand von Verunsicherung und sozialer Abstiegsangst.

Tarifflucht hat viele Gesichter: Ausgründungen, Austritte aus Arbeitgeberverbänden oder sogenannte OT-Mitgliedschaften.

Bsp. Handwerksinnung für Sanitär- und Heizungstechnik Goslar – OT-Mitgliedschaft in Satzung – Klage der Handwerkskammer BLS – Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes – unzulässige Satzung

Arbeitgeber, die Sonntags von der Sozialpartnerschaft reden und Montags die Tarifbindung kündigen, sind einfach nur Heuchler.

Sie betreiben Wettbewerb mit Lohndumping!

Dem können wir einen Riegel vorschieben und gleichzeitig die rechtschaffenen Arbeitgeber unterstützen

Deswegen fordern wir

- mehr Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- die Landesregierung soll grundsätzlich nur Unternehmen fördern, die sich an Tarifverträge halten
- bei Betriebsübergängen und Ausgliederungen muss die Tarifbindung kollektiv weitergelten
- Nicht-tarifgebundenen Betrieben muss es schwerer gemacht werden, mit Dumpinglöhnen Schmutzkonkurrenz zu betreiben

Eins ist klar: wo Tarifverträge gelten, geht es den Menschen besser – Wir wollen Tarifverträge für alle!

Zukunftsdialog

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2018 beschlossen, im März dieses Jahres gestartet– der DGB-Zukunftsdialog
Wir gehen in die Betriebe und Verwaltungen, in die Kommunen und Stadtteile, um mit den Menschen zu reden. Darüber, wie sie arbeiten wollen. Und darüber, wie sie leben wollen.

Wir wollen den Menschen zuhören, Ihre Ideen sammeln.
Wir helfen ihnen dabei Antworten auf die Probleme zu finden, die ihnen in ihrem Alltag besonders unter den Nägeln brennen.

Wir haben im Rahmen einer Aktionswoche im März zum Thema Bezahlbares Wohnen über 250 Aktionen und Veranstaltungen in ganz Deutschland durchgeführt.
Wir wollen politischen Druck machen gegen Wuchermieten, gegen Spekulanten auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt und für den sozialen Wohnungsbau.

Im Herbst wollen wir in unserer Region weitere Veranstaltungen dazu durchführen.

Stärkung Demokratie/gegen Rechtsextremismus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir machen unseren Zukunftsdialog auch deshalb, weil wir immer wieder hören und erleben, dass viele Menschen das Vertrauen „in die Politik“ verloren haben.

Viele Menschen fühlen sich verunsichert und machen sich Zukunftssorgen für sich selbst und ihre Kinder, weil sich unsere Arbeitswelt und Gesellschaft radikal im Umbruch befinden – getrieben durch Globalisierung, Migration, Digitalisierung und den Klimawandel.

Die rechten Hetzer und Feinde unserer Demokratie versuchen aus dieser Verunsicherung Kapital zu schlagen – und dies mit Erfolg, wie ihre Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen. Sie sitzen inzwischen in allen Landtagen und sogar im Bundestag.

Für uns Gewerkschaften ist klar: Wir treten Rassismus, Rechtspopulismus und völkischem Nationalismus mit Weltoffenheit, demokratischem Engagement und Solidarität entgegen – in den Betrieben und in der Gesellschaft.

Europa

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir müssen nicht nur bei uns in Deutschland, sondern europaweit die rechten Spalter in ihre Schranken verweisen.

In vielen Mitgliedstaaten blasen sie zum Sturm auf unser gemeinsames europäisches Haus. Wir alle sind gefordert, da mit aller Macht gegenzuhalten.

Für uns Gewerkschaften steht außer Frage: Wenn es die Europäische Union nicht gäbe, müsste man sie erfinden!
Wenn wir Europäerinnen und Europäer weiterhin eine ernstzunehmende Rolle auf der Weltbühne spielen wollen, dann können wir das nur mit vereinten Kräften.

Aber gerade weil wir Europa so sehr brauchen, dürfen wir es nicht einfach schönreden!

Schon seit Jahren leidet die Europäische Union unter einer schweren marktliberalen Schlagseite, die durch zügellose Deregulierung und den systematischen Abbau von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards geprägt ist.
Zur Bewältigung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sie einseitig auf eine völlig verfehlte Politik brutaler Sparauflagen gesetzt.
Sie hat die Tarif- und Sozialsysteme in vielen EU-Ländern schwer beschädigt.

Jetzt ist die Zeit für mehr Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit in Europa gekommen. In der Welt kann nur ein geeintes Europa mit China, den USA und den aufstrebenden Ländern wie Indien, Russland und Brasilien mithalten.

Es wäre wirtschaftlicher und politischer Selbstmord, wenn die Europäische Union in dieser Zeit in Kleinstaaterei zerfällt.

Europa wird nur dann Sicherheit und Wohlstand garantieren, wenn alle seine Mitglieder solidarisch handeln. Zusammenrücken statt konkurrieren ist angesagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wenn wir sichergehen wollen, dass Europa eine Zukunft hat, wenn wir sicher gehen wollen, dass die rechten Schreihälse mit ihren nationalistischen und europafeindlichen Parolen nicht die Oberhand gewinnen, dann brauchen wir eine andere Europäische Union:

- eine EU, der die Menschen wieder vertrauen,
- eine EU, die gleiche Einkommen von Frauen und Männern sichert,
- eine EU, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt,
- eine EU, die ein Garant für soziale Gerechtigkeit ist, die faire Arbeit und Tarifbindung sichert,
- eine EU, die Zukunftsinvestitionen in Wachstum, Arbeitsplätze, Bildung und Infrastruktur fördert,
- eine EU, die sich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Europa auf die Fahnen schreibt,
- eine EU, die Finanzmarktspekulanten endlich wirksam besteuert,
- eine EU, die eine Digitalsteuer einführt, statt tatenlos dabei zuzusehen, wie sich US-amerikanischen Internet-Riesen bei uns systematisch davor drücken, anständig Steuern zu bezahlen,
- eine EU, die bei Umwelt- und Verbraucherschutz vorangeht

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
so eine EU bekommen wir nur, wenn die demokratischen und proeuropäischen Kräfte im nächsten Europäischen Parlament über starke Mehrheiten verfügen.

Deshalb ist Eure Stimme am 26. Mai besonders wichtig:

- Wählt die demokratischen Parteien!
- Wählt ein soziales und solidarisches Europa!
- Wählt ein Europa der Menschenrechte und der Menschenwürde!

Es lebe der 1. Mai.

Glück auf!